



Regierung läuft mit Idee für Container- Haftplätze auf

Kanton Bern Der Grosse Rat weist den Vorschlag des Regierungsrats knapp ab, Container für Haftplätze zu beschaffen.

Michael Bucher / sny

Paukenschlag im Grossen Rat: Das bürgerlich dominierte Parlament schickte gestern einen Kredit von 5,5 Millionen Franken bachab. Der Regierungsrat wollte das Geld für die Beschaffung von Containern einsetzen, in denen säumige Zahler Kurzstrafen absitzen sollten.

Das Nein kam mit 78 zu 77 Stimmen sehr knapp zustande. Entscheidend war der Stichtentscheid von Ratspräsidentin Dominique Bühler (Grüne). Nicht nur SP, Grüne, Grünliberale und EVP lehnten den Kredit ab. Auch bei der SVP gab es vereinzelt Nein-Stimmen.

Am Anfang dieser Geschichte steht ein Informatikdebakel: Weil

die Umstellung des Rechnungswesens auf ein neues System zu Verzögerungen im Busseninkasso führte, drohen bis in einem Jahr über 1000 Kurzstrafen zu verjähren.

Bei den betroffenen Fällen handelt es sich nicht um schwere Delikte, sondern bloss um sogenannte Ersatzfreiheitsstrafen. Das sind Gefängnisaufenthalte von wenigen Tagen, die verfügt werden, wenn Bussen trotz mehrmaliger Mahnung nicht bezahlt werden. Regierungsrat Philippe Müller (FDP) kündigte in der Debatte an, dass er plant, die Strafen auch bei einem Nein zu vollziehen. «Es wird einfach enger durch die dichtere Belegung in den Zellen», schrieb er später auf der Plattform X. **Seite 2**